

Correspondent.

Abonnement: Vierteljährlich 6. Halbjährlich 12. Jahrgänge 24. Inland 30. Ausland 36. Bei Bestellung durch den Postboten 1.00 Mk. durch
Postämter in der Stadt u. auf h. Land 1.20 Mk. monatlich 40 Pfg. 50 Pfg.
Postämtern 3 Pfg. nach Ausland mit Postzuschlag. — Der Brief erscheint wochent-
lich und vertritt die Rechte nach dem Gesetz. In den Abnahmestellen
ist Geld anzunehmen. — Rücksende unversandter Exemplare keine Verantwortlichkeit.
Postzusatz gebührenfrei. — Für Rückgabe unversandter Exemplare keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
1. 8seitig. Illust. Sonntagsblatt mit
14 tägiger Modebeilage.
2. 4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigen: 1. 10 Zeilen für den ersten Tag. 2. 8 Zeilen für den zweiten Tag. 3. 6 Zeilen für den dritten Tag. 4. 4 Zeilen für den vierten Tag. 5. 3 Zeilen für den fünften Tag. 6. 2 Zeilen für den sechsten Tag. 7. 1 Zeile für den siebten Tag. 8. 1 Zeile für den achten Tag. 9. 1 Zeile für den neunten Tag. 10. 1 Zeile für den zehnten Tag. 11. 1 Zeile für den elften Tag. 12. 1 Zeile für den zwölften Tag. 13. 1 Zeile für den dreizehnten Tag. 14. 1 Zeile für den vierzehnten Tag. 15. 1 Zeile für den fünfzehnten Tag. 16. 1 Zeile für den sechzehnten Tag. 17. 1 Zeile für den siebzehnten Tag. 18. 1 Zeile für den achtzehnten Tag. 19. 1 Zeile für den neunzehnten Tag. 20. 1 Zeile für den zwanzigsten Tag. 21. 1 Zeile für den einundzwanzigsten Tag. 22. 1 Zeile für den zweiundzwanzigsten Tag. 23. 1 Zeile für den dreiundzwanzigsten Tag. 24. 1 Zeile für den vierundzwanzigsten Tag. 25. 1 Zeile für den fünfundzwanzigsten Tag. 26. 1 Zeile für den sechsundzwanzigsten Tag. 27. 1 Zeile für den siebenundzwanzigsten Tag. 28. 1 Zeile für den achtundzwanzigsten Tag. 29. 1 Zeile für den neunundzwanzigsten Tag. 30. 1 Zeile für den dreißigsten Tag. 31. 1 Zeile für den einunddreißigsten Tag. 32. 1 Zeile für den zweiunddreißigsten Tag. 33. 1 Zeile für den dreiunddreißigsten Tag. 34. 1 Zeile für den vierunddreißigsten Tag. 35. 1 Zeile für den fünfunddreißigsten Tag. 36. 1 Zeile für den sechsunddreißigsten Tag. 37. 1 Zeile für den siebenunddreißigsten Tag. 38. 1 Zeile für den achtunddreißigsten Tag. 39. 1 Zeile für den neununddreißigsten Tag. 40. 1 Zeile für den vierzigsten Tag. 41. 1 Zeile für den einundvierzigsten Tag. 42. 1 Zeile für den zweiundvierzigsten Tag. 43. 1 Zeile für den dreiundvierzigsten Tag. 44. 1 Zeile für den vierundvierzigsten Tag. 45. 1 Zeile für den fünfundvierzigsten Tag. 46. 1 Zeile für den sechsundvierzigsten Tag. 47. 1 Zeile für den siebenundvierzigsten Tag. 48. 1 Zeile für den achtundvierzigsten Tag. 49. 1 Zeile für den neunundvierzigsten Tag. 50. 1 Zeile für den fünfzigsten Tag. 51. 1 Zeile für den einundfünfzigsten Tag. 52. 1 Zeile für den zweiundfünfzigsten Tag. 53. 1 Zeile für den dreiundfünfzigsten Tag. 54. 1 Zeile für den vierundfünfzigsten Tag. 55. 1 Zeile für den fünfundfünfzigsten Tag. 56. 1 Zeile für den sechsundfünfzigsten Tag. 57. 1 Zeile für den siebenundfünfzigsten Tag. 58. 1 Zeile für den achtundfünfzigsten Tag. 59. 1 Zeile für den neunundfünfzigsten Tag. 60. 1 Zeile für den sechzigsten Tag. 61. 1 Zeile für den einundsechzigsten Tag. 62. 1 Zeile für den zweiundsechzigsten Tag. 63. 1 Zeile für den dreiundsechzigsten Tag. 64. 1 Zeile für den vierundsechzigsten Tag. 65. 1 Zeile für den fünfundsechzigsten Tag. 66. 1 Zeile für den sechsundsechzigsten Tag. 67. 1 Zeile für den siebenundsechzigsten Tag. 68. 1 Zeile für den achtundsechzigsten Tag. 69. 1 Zeile für den neunundsechzigsten Tag. 70. 1 Zeile für den siebenzigsten Tag. 71. 1 Zeile für den einundsiebzigsten Tag. 72. 1 Zeile für den zweiundsiebzigsten Tag. 73. 1 Zeile für den dreiundsiebzigsten Tag. 74. 1 Zeile für den vierundsiebzigsten Tag. 75. 1 Zeile für den fünfundsiebzigsten Tag. 76. 1 Zeile für den sechsundsiebzigsten Tag. 77. 1 Zeile für den siebenundsiebzigsten Tag. 78. 1 Zeile für den achtundsiebzigsten Tag. 79. 1 Zeile für den neunundsiebzigsten Tag. 80. 1 Zeile für den achtzigsten Tag. 81. 1 Zeile für den einundachtzigsten Tag. 82. 1 Zeile für den zweiundachtzigsten Tag. 83. 1 Zeile für den dreiundachtzigsten Tag. 84. 1 Zeile für den vierundachtzigsten Tag. 85. 1 Zeile für den fünfundachtzigsten Tag. 86. 1 Zeile für den sechsundachtzigsten Tag. 87. 1 Zeile für den siebenundachtzigsten Tag. 88. 1 Zeile für den achtundachtzigsten Tag. 89. 1 Zeile für den neunundachtzigsten Tag. 90. 1 Zeile für den neunzigsten Tag. 91. 1 Zeile für den einundneunzigsten Tag. 92. 1 Zeile für den zweiundneunzigsten Tag. 93. 1 Zeile für den dreiundneunzigsten Tag. 94. 1 Zeile für den vierundneunzigsten Tag. 95. 1 Zeile für den fünfundneunzigsten Tag. 96. 1 Zeile für den sechsundneunzigsten Tag. 97. 1 Zeile für den siebenundneunzigsten Tag. 98. 1 Zeile für den achtundneunzigsten Tag. 99. 1 Zeile für den neunundneunzigsten Tag. 100. 1 Zeile für den hundertsten Tag.

Die Beamtengehalts-Interpellationen im preussischen Abgeordnetenhaus

hatten am Mittwoch ein ähnliches Resultat wie tags vorher die Beratungen im Reichstage. Auch die preussischen Beamten bekommen keine Aufbesserung ihrer Gehälter, auch sie werden mit dem traurigen Nothwehr der Teuerungszulagen abgepreßt. Lehrer und Geistliche müssen ebenfalls bis zum Herbst — bis mindestens zum Herbst — warten. Und warum dies alles, warum dieser Bruch der Versprechungen, die die Ehrenrede feierlich gegeben hatte? Herr v. Bethmann-Hollweg gab darauf die Antwort, die allerdings schon in der Luft lag. Die Gehaltvorlagen in Preußen kommen unbenutzt nicht, weil die Reichsvorlagen nicht kommen und weil zwischen Reich und Preußen die Kontinuität aufrecht erhalten bleiben muß. Preußen wegen eines „Schönheitsfehlers“ staatsrechtlicher Natur sollen die Beamten in Preußen, obwohl für ihre Aufbesserung Geld da ist, für dieses Jahr wieder leer ausgehen, sollen die Lehrer wiederum ihre Hoffnungen zurückstellen müssen, obwohl ihre Gehaltvorlage fertig ist und mit der Vorlage für die übrigen Beamten gar keine Verzehrungspunkte hat!

Die preussische Regierung ist mit Mühseligkeit geschlagen, wenn sie diesen Weg beschreitet. Sie verquirit nicht nur das Schicksal der Reichsbeamten, sondern auch das der preussischen Beamten mit dem völlig unsicheren Gespür der Reichsfinanzreform, deren Ausgestaltung heute noch keinen Menschen weder innerhalb, noch außerhalb der Regierung auch nur in den Umriszen bekannt ist. Und wenn nun, was doch keineswegs ausgeschlossen ist, die Reichsfinanzreform scheitert, sollen dann die Reichs- und die preussischen Beamten wiederum nichts bekommen? Diese Aufbesserung ist eine Staatsnotwendigkeit, sie muß zugestanden werden, ohne sie auf Gehalt und Verberb mit einer anderen Frage zusammenzuloppeln.

Die von Bethmann-Hollweg verlesene Erklärung der Regierung wurde vom Hause mit eifrigem Schwelgen angenommen. Sie war hinsichtlich des Versuches, die Notwendigkeit der Aufhebung zu begründen, in keiner Richtung beweiskräftig. Auch der Finanzminister v. Rheinbaben konnte mit all seiner allgäulichen Verehrtheit niemanden von dieser Notwendigkeit überzeugen. Ja, er schlug sich selbst die Waffen aus der Hand, als er bekannte: Wenn im Reichstag keine Finanzveränderung erfolgen sollte, dann werden wir in Preußen allerdings selbständig vorgehen müssen. Wer sieht schlechterdings nicht ein, warum und wann diese Möglichkeit für nächstes Jahr ins Auge gefaßt werden muß, es für dieses Jahr absolut unmöglich sein soll, dementsprechend vorzugehen.

Die preussische Regierung hat keine wirklich triftigen Gründe für die Aufhebung der Besoldungsvorlage. Aber sie kann sich die Brutalisierung der Beamten leisten, denn die öffentlichen Wahlen für den Landtag sorgen schon dafür, daß die erbitterten und enttäuschten Beamten nicht ein Abgeordnetenhaus mit wählen helfen dürfen, wie es ihren Herzenswünschen entspricht. In den trefflichen Reden der Abgeordneten Geyling und Brömel kam diese berechtigte Mißstimmung der Beamten klar und scharf zum Ausdruck. Diese Abgeordneten haben nachgewiesen, daß die freiständigen Parteien mit gutem Gewissen den Beamtenfragen gegenüberstehen und einen berechtigten Anspruch auf das Vertrauen der Beamten aller Kategorien erheben dürfen.

Änderung des Submissionswesens.

Der Magistrat in Dresden hat zu den vor kurzem von uns mitgeteilten interessanten Vorschlägen des Oberbürgermeisters Geh. Rat Buntler zum städtischen Submissionswesen Stellung genommen. Die Vergebung von Arbeiten und Leistungen durch die Stadt hatte in den beteiligten Kreisen vielfach Anlaß zu Klagen gegeben, die auch durch die Neufestsetzung der einschlagenden Bestim-

mungen im Jahre 1907 und die dabei vorgesehene Einführung des Mittelpreisverfahrens nicht beseitigt worden waren. Es war als besonderer Uebelstand empfunden worden, daß auch die geltenden Bestimmungen gegen die Erteilung des Zuschlags auf offenbar zu niedrige Angebote, welche die Bewerber der Gefahr aussetzten, sich bei Ausführung der Arbeiten an ihrem Vermögen zu schädigen, nicht genügende Vorkehrungen trafen. Auf Anregung der Innungen schlägt daher jetzt der Magistrat vor, bei Arbeiten und Leistungen für die Stadt sowohl bei Aufstellung der Bedingungenanschläge, wie bei Prüfung der Angebote einen sachverständigen Beirat aus den Kreisen der beteiligten Gewerbebetreibenden heranzuziehen. Diese Bestimmungen sollen zunächst bis zum 1. Mai 1909 gelten, jedoch keine Anwendung finden auf die Regiebetriebe der Stadt und auf solche Arbeiten, für die beim Rate selbst Sachverständige angestellt sind. In letzterem Falle sollen nur nach dem Ermessen des Rates Sachverständige verwendet werden. Die Sachverständigen sind auf Vorschlag der einzelnen Innungen vom Rate zu wählen und eidlich zu verpflichten. Ihre Tätigkeit hat sich auf gutachtliche Aussprüche zu beschränken. Die endgültige Entscheidung verbleibt dem Rate. Die Sachverständigen sind von der Bewertung von Arbeiten, bei denen sie als Sachverständige gewirkt haben, ausgeschlossen. Für ihre Bemühungen wird ihnen Entschädigung gewährt. Es wurde weiter beschlossen, die allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Leistungen für die Stadt dahin abzuändern, daß die eingehenden Angebote jebeimal in dem Schlusstermin unter Zuzugung der Bewerber und der Mitglieder des zuständigen Ausschusses zu öffnen und die Endsummen unter Vorbehalt rechnerischer Nachprüfung mit Nennung der Namen der einzelnen Bewerber bekanntzugeben sind. Diese Dresdener Beschlüsse scheinen beachtenswert, und es wäre zu wünschen, daß andere Kommunen entsprechende Vorkehrungen treffen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die dissidenten Abgeordneten der ungarischen Unabhängigkeitspartei haben sich am Dienstag als oppositionelle Partei konstituiert und beschlossen, ihren Standpunkt gegenüber der Regierung bei den vorliegenden Gesetzentwürfen zur Geltung zu bringen. — Eine Deputation von Anhängern des Frauenklimmrechts erschien am Dienstag im ungarischen Abgeordnetenhaus, um dem Präsidenten und dem Minister des Innern ihre Bitte vorzutragen, daß bei der bevorstehenden Reform des Wahlrechts auch die Frauen das Stimmrecht erhalten. Der Präsident erklärte, er billige die Bewegung, den Frauen politische Rechte zu erteilen. Der Minister des Innern Andráffy hingegen erklärte, er würde die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen für verfrüht halten, da die Frauen, obwohl sie im allgemeinen befähigt seien, eine politische Rolle zu spielen, doch nicht die nötige Vorbildung besäßen. Der Ministerpräsident erklärte, er bedauere, die Frauendeputation nicht empfangen zu können. — Im Prozeß wegen der Vorgänge in Czernowiz, wo am 28. Oktober v. J. die Bevölkerung sich der Einweihung ihrer Kirche durch den Geistlichen eines anderen Dorfes mit Gewalt widersetzte, und den ihr begleitenden Gendarmen angriff, wurde, wie aus Budapest berichtet wird, am Dienstag das Urteil gefällt. Die Hauptangeklagte, Frau Georg Kulla, wurde zu drei Jahren Zuchthaus, drei Angeklagte zu zwei Jahren und drei zu achtzehn Monaten Zuchthaus verurteilt. Elf Angeklagte erhielten ein Jahr, acht erhielten acht Monate und fünfzehn sechs Monate Kerker. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Die Begründung des Urteils hebt hervor, daß der Haß der sozialistischen Bevölkerung gegen das Ungarntum künstlich geschürt worden sei. Als erschwernender

Umstand wurde der Plan zur Vererbung der Kirche und Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen. Als Milderungsgrund zog man bei mehreren Angeklagten in Betracht, daß bei den Ausschreitungen ihre Angehörigen verwundet oder getötet worden waren. Die Angeklagten haben Berufung eingelegt. — Das drafonische Urteil zeigt wieder einmal, was für eine Art von Gerechtigkeit Angehörige anderer Nationen von ungarischen Richtern zu erwarten haben, wenn sie das in den Augen der „Söhne Arpads“ unverzeihliche Verbrechen begingen, ihrer Nationalität gegenüber dem Magyarenium Geltung verschaffen zu wollen.

Italien. In der italienischen Deputiertenkammer wurde am Dienstag bei vollstän- digen Tribünen und reger Beteiligung der Abgeordneten über einen Antrag Barzilai und Genossen verhandelt, durch den die Regierung aufgefordert wird, ihr besonderes Augenmerk auf die durch die letzte Konfession der Türkei im Balkan für die politischen und wirtschaftlichen Interessen Italiens und die für Europa im allgemeinen geschaffene Lage zu richten. — Die Rechtsanwältin Fafis haben bei dem Kassationshof Verwendung gegen das Urteil des Staatsgerichtshofs eingelegt. Diese Berufung stützt sich auf das Gesetz, betreffend die Zuständigkeit eines Gerichts, und behauptet außerdem, daß gewisse Artikel der Strafprozessordnung verletzt worden sind.

Frankreich. Präsident Fallières wird, wie das „Reiterische Bureau“ erfährt, im Mai d. J. England besuchen. Die Bereisungen für den Besuch sind noch nicht vollständig gewesen, doch ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Besuch eine Staatsvisite sein wird, in den Hauptzügen übereinstimmend mit derjenigen, welche Präsident Loubet im Jahre 1903 dem König Edward abgeleitet hat. — Der französische Senat nahm mit 184 gegen 82 Stimmen die Vorlage an, welche die Trennung von Tisch und Bett in Eheband umwandelt, die nach drei Jahren auf Antrag eines der Ehegatten eintritt.

England. Im englischen Unterhaus fragte am Dienstag bei Fortsetzung der Beratung über das Marinebudget der Unionistführer Balfour, ob nicht in den letzten Monaten des Jahres 1911 Deutschland dreizehn Schiffe von der Dreadnought-Klasse haben würde und England nur zwölf. Er nahm dabei an, erstens, daß an den vorgelegenen Daten, zu denen in Deutschland und England mit dem Bau der Schiffe begonnen würde, festgehalten, zweitens, daß das deutsche Flottenbauprogramm, wie bisher, innegehalten werden würde, und drittens, daß Deutschland und England jetzt in der Schnelligkeit ihrer Schiffsbauten, wie von deutschen Marineminister verkündet worden sei, praktisch sich gleichstämten. Schatzkanzler Asquith antwortete, bezüglich zweier Punkte bestände keine Meinungsverschiedenheit auf beiden Seiten des Hauses, nämlich, daß England seine unangezeigte Vorherrschchaft erhalten müsse und daß für diesen Zweck der Zwei-Mächte-Standard ein guter und praktisch ausführbarer Standard sei. Die Frage Balfours hätte sich nur auf Schiffe der Dreadnought- und Invincible-Klasse bezogen und die Frage des Zwei-Mächte-Standard, bei deren Behandlung die Schiffe der anderen Klassen mit in Rechnung gezogen werden müßten, nicht berührt. Asquith führte weiter aus, die Annahme Balfours, Deutschland würde im November 1911 im Besitz von dreizehn Schiffen der Dreadnought-Klasse sein, stütze sich auf zwei Voraussetzungen, nämlich erstens, daß das deutsche Programm buchstäblich ausgeführt werden, und zweitens, daß die Schnelligkeit im deutschen Schiffbau den Bau eines jeden Schiffes innerhalb von dreißig Monaten vom Datum der Kiellegung ab gehalten würde. Er wolle nicht unterreden, ob diese Voraussetzungen zuträfen oder nicht, glaube aber bezüglich des zweiten Punktes, daß schwerwiegende Zweifel berechtigt seien, ob die gegenwärtige Schnelligkeit im Bau aufrecht erhalten bleiben

könne. Im Januar 1911, wenn die Schiffe des diesjährigen Programms vollendet sein würden, würde England 12 Fahrzeuge der erwehnten Klasse haben, d. h. eins weniger als Deutschland am Ende des Jahres 1911. Hierbei sei jedoch angenommen, daß in Bezug auf Neubauten im nächsten Jahre nichts geschähe oder, daß, falls man Neubauten bestellte, deren Inangriffnahme nicht so zeitig erfolgte, daß sie bis Ende des Jahres 1911 fertiggestellt sein könnten. Reuith fuhr fort, er könne wohl, ohne sich über das Programm der nächsten Jahre auszulassen, sagen, falls sich die Wahrscheinlichkeit ergeben sollte, daß das deutsche Flottenbau-Programm sich so, wie auf dem Papier vorgesehen, erfüllen werde, daß die Regierung es dann für ihre Pflicht halten werde, für eine so ausreichende Zahl von Schiffen und deren rechtzeitige Kiellegung zu sorgen, daß eine Überlegenheit Deutschlands nicht zur Tatsache würde. Dies sei die Politik der Regierung, die bestehen bleibe, und das Haus möge versichert sein, daß die Regierung nicht handlungslos, in dieser Beziehung ins Hintertreffen zu geraten.

Marokko. Aus Marokko ist vom Admiral Philibert in Paris die telegraphische Meldung eingetroffen, daß General Lamade sich bei der Kasab-Devisen-Konferenz befände. Die Stimme der Maß und Wafsa, welche beträchtliche Verluste erlitten, sämen in großer Anzahl zu dem General, um ihm ihre Unterwerfung anzubieten. — Dem „Petit Parisien“ wird aus Tanger gemeldet, daß die Lage Ruyay Hafids sehr unangünstig geworden ist. Zwei seiner Minister hätten bereits durch Mittelspersonen Verhandlungen mit Abdal Ahs angeknüpft, um seine Verzeihung zu erlangen und sich zu unterwerfen. In diesem Falle würde die Wiederherstellung der Ordnung in Marokko außerordentlich erleichtert werden.

Persien. Die Wirren in Persien scheinen wieder einen bedeutlichen Umfang anzunehmen. Der Meldung eines Londoner Blattes aus Teheran zufolge sind in Schiras ernste Unruhen ausgebrochen. Zwei einflussreiche Mullahs sollen getötet worden sein. Eine Partei befände sich im Vornach auf Teheran. Die Reaktionen seien gefährlich. Das Ministerium seze den Ereignissen tolos zu.

Ostasien. Zum japanisch-chinesischen Konflikt wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Peking gemeldet, Sir Robert Hart, Generalkonsul der chinesischen See-Kolonien, habe seine Heimreise wegen Verschärfung der Lage aufgegeben.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Der Kaiser sprach am Mittwoch vormittag beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und beim Reichskanzler vor und hörte dann im königlichen Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Abends fand im königlichen Schloß beim Kaiserpaar das alljährliche Vorkaschierabend statt, an das sich nachher ein Konzert im Wintergarten anschloß.

(Prinzregent Luitpold von Bayern) vollendete am heutigen Donnerstag in bester Gesundheit sein 87. Lebensjahr. Zur Vorfeier fand gestern abend auf dem Mar. Josephs-Platz in München eine große militärische Sternade zu Ehren des Regenten statt. Der Prinzregent erschien am Fenster des Residenzschlosses und empfing von der veltausendköpfigen Menge eine großartige Ovation. — Herzog Ernst II. von Sachsen-Altenburg) hat anlässlich seines Regierungsantritts eine umfassende Amnestie erlassen.

(Fürst Max Egon zu Fürstenberg), der den Kaiser jetzt bereits nach Wilhelmshaven und Helgoland begleitet hat, wird, wie die „Neue Ostsee“ mitteilt, auf Einladung des Kaisers an der Fahrt nach Korsik teilnehmen und dort der Gast des Kaisers sein.

(Der Bundesrat) hielt am Mittwoch eine Plenarsitzung ab.

(Personalien.) Admiral Fischer ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt. Er wird in Anerkennung seiner geleisteten Dienste à la suite des Seeschliffkorps in der Flotte der Marine weiter geführt. — Nach amtlicher Meldung ist auch Admiral Büchel in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt und ist ebenfalls verjagt worden, daß der Admiral in Anerkennung der dem Kaiser geleisteten Dienste à la suite des Seeschliffkorps in den Flotten der Marine weiter zu führen ist.

(Der frühere Statthalter von Ostpreußen) v. Köhler, Fürst zu Hohenlohe-Kangenburg) hat in seiner Erbschaftsangelegenheit an den Staatssekretär v. Köhler ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß er lange vor dem Tode der Fürstin und zwar schon vor dem Jahre 1896 den Unterhandlungsvertrag v. Schraut, Vorstand der Finanzabteilung, aufgefunden habe, ihm ein Gutachten über seine Steuerpflicht in Ostpreußen abzugeben. Dieses Gutachten werde sich dafür aus, daß für ihn keine Verpflichtung bestehe, in Ostpreußen eine Erb-

schafsteuer zu bezahlen, daß vielmehr die württembergische Gesetzgebung hierbei maßgebend sei, weil der Wohnsitz der Fürstin Kangenburg und nicht Straßburg sei. Er habe keinen Grund, an der Richtigkeit dieses Gutachtens zu zweifeln, da er unbekannt als württembergischer Standesherr seinen Wohnsitz in Kangenburg habe. In Kangenburg habe er die gesetzlichen Gebühren bezahlt. Das württembergische Erbschaftsteueramt habe auch den Nachlass der Fürstin in Württemberg für erbschaftsteuerpflichtig erklärt. Sollten die gesetzlichen Vorschriften Ostpreußens eine andere Behandlung verlangt haben, so seze er der Mitteilung des Staatssekretärs hierüber entgegen.

(Ueber einen Justizirrtum) wird aus Essen berichtet: In Mors wurde der Bergmann Stupp verhaftet, der einem Kameraden gefangen hatte, daß er 1904 den Bergmann Laurent im Streit erschossen hatte. Wegen der Tat war der Bergmann Toni zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Toni hat die Strafe bereits verbüßt.

(Der Fall Hohenau) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Gegenüber den in mehreren Blättern enthaltenen Nachrichten können wir auf Grund einer Anfrage an zuständige Stelle bestimmen erklären, daß ein ebengerichtlicher Spruch gegen Generalleutnant Grafen Hohenau nicht ergangen ist.

(Der geschäftliche Boykott aller nicht sozialdemokratisch Wählenden) ist jetzt von der Sozialdemokratie in aller Form angekündigt worden. In der Generalversammlung der sozialdemokratischen Wählervereine für Groß-Berlin erklärte der Zentralvorsitzende Eugen Ernst wörtlich: „Die Regierung und die herrschenden Klassen brauchen die öffentliche Abkündigung als Waffe gegen alle, die von ihnen abhängig sind. Jetzt werden wir die Waffe aufnehmen und sie gegen diejenigen anwenden, die sich bei der Wahl als unsere Gegner erklären. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Lange genug sind wir Amboß gewesen, jetzt wollen wir Hammer sein!“

(Sozialdemokratischer Sauerbenton.) Die sozialistische „Königsberger Volkszeitung“, von der bekanntlich auch das Wort von der „Schandfäule in Reme!“ stammt, lieferte sich kürzlich in einem „Stimmungsbericht“ aus dem Reichstage folgende Sätze: „Zu der Justizdebatte gehört eine Kreisrede wie der Kabbred zur Dorfstraße. Kreis ist zu sehr Klown, um als Schaumacher erst genommen zu werden, und wiederum zu dumm und plump, um selbst als Clown dem jamaikanischen Obernburg oder dem Sonnenberger Liebermann erfolgreiche Konkurrenz zu machen. Nur dadurch, daß die parlamentarische Justizschicht durch die bekannten Tierlaute ihre Zustimmung zu den Ausdrücken des Kreisbühnenmies fundig, gewinnt das blöde und zugleich brutale Geschwätz des Volkswunders des Mugbanesenen Bebeutung. Wie weit übrigens der Kreisbühnenmies auch auf der linken Blockseite Schule gemacht, heutzutage Sigfried Heßler, der Volkswunder, der nach Kreis auf die Bühne stolperte, den Rest des Kreisbühnenmies aufzuklären und unter verständnisvollem Beifallgebeul der Malgungilde ein paar Unflätsigkeiten gegen Stadtbagen ausstieß. In persönlichen Bemerkungen wuschen die Genossen Heine und Stadtbagen den bösen Volkswunder die schmutzigen Köpfe. Das der Volkswunder machte, nachdem Kreis und Heßler ihren geküßten Unrat abgeladen haben, gehört so zum Wesen des neuhottentottischen Parlamentarismus wie die lauthaften Unbeherrschtheiten und groben Parteilichkeiten, die sich der Hottentottentanz auf dem Präsidienstuhl alias Herr Johannes Kamps wieder einmal in ungezählter Masse zu schulden kommen ließ.“ — Wehring darf sich jetzt beruhigt auf sein Allentheil zurückziehen. Er hat mit seiner Kombyfrache Schule gemacht, und die Schüler übertreffen jetzt schon zum Teil den Meister.

(Aus den Kolonien) Die Schutztruppe für Südwestafrika soll in Laufe des neuen Jahres ein Viertel vermindert werden. Demburg erklärte dieser Tage in der Budgetkommission: Der für die Sicherheit der Kolonie in erster Linie verantwortliche Gouverneur habe eine Verminderung der Schutztruppe um etwa ein Viertel der gegenwärtigen Stärke, welche im Laufe des Jahres einzutreten haben würde, für möglich erklärt. Es werde dies eine Verminderung des Reichszususses von etwa 5 Millionen Mark für 1908 und eine größere Verminderung für das nächste Jahresjahr bedeuten. — Der in den Diensten der deutschen Kolonial Eisenbahnen und Betriebsgesellschaft Berlin stehende Ingenieur Freidrich Schedel von Greiffenstein ist am Schwarzwassersee bei Dualla gestorben.

(Kaiserliche Marine.) „Hobenzollern“ ist am 10. März in Venedig eingetroffen. „Vorelay“ ist am 10. März von Pirano nach der Insel Santorin in See gegangen. „Tiger“ ist am

10. März in Nyankin (am Yangtse) und Spät. S 90 am 11. März in Singtau eingetroffen. „Flußkanonenboot“, „Fingtau“ ist am 11. März von Hongkong nach Canton in See gegangen.

Vermischtes.

(Bei einer Fantomime des Hissaboner Königsmords getötet.) In dem portugiesischen Ort Falgas kamen einige Wohnner an den seltsamen Unfall, den Hissaboner Königsmord als Fantomime zu reproduzieren. Unter den Wohnnern war eine Frau mit einem sehr zarten. Der Vater repräsentierte den König, ein Sohn den Attentäter Balca und ein anderer die Königin Amelia. Als Waffe diente ein für nicht geladener Revolver. Die Waffe war jedoch nicht ganz entladen. Als daher der Königsmörder Balca hinaufsprang, gingen zwei Jahre Schritte los und trafen den Vater und den Bruder. Beide wurden sofort getötet.

(Ein rabulater Bettler.) Ein Landstreicher, der bei dem Prof. Steinhilber in Gießen um ein Almosen vorbrach, wurde von der Wirtin abgewiesen. Darauf zog er sein Messer und drang auf die Frau ein. Der Bettler wollte ihr zu Hilfe eilen, aber beide wurden von dem Bettler durch Messerschläge schwer verletzt. Der Bettler hat es nur dem Umstände, daß er eine Fahrgasse lang zu verharren, daß er mit dem Leben davontam. Die Polizei hat den Attentäter bereits gefaßt.

(Drei Tage vor der Hochzeit) hat sich der 27 Jahre alte Verlobungsdiener Otto Altmann in Berlin das Leben genommen. Der junge Mann wollte bei einem Kämmerer im Osten der Stadt und hatte sich mit dessen 19 Jahre alter Tochter verlobt. Am nächsten Donnerstag sollte die Hochzeit gefeiert werden. Erst in den letzten Tagen erlief Altmann, was er eine Stellung, die er vorläufig verweigerte, die er Dauer nicht bekommen würde. Das ging ihm so nahe, daß er sich in seiner Wohnung Simon Dachring, die seit fünfjähriger Ehe mit dem jungen Paare gemeinlich und er schon eingetriedet hatte, an einen Spiegelhaken erhängte, nachdem er seiner Braut einen Abschiedsbrief geschrieben hatte.

(Zodesturz vom Kirchurm) Vom Turm der Peterkirche in München stürzte sich ein Wärter des Schlosses und Hofes herab. Der Selbstmörder lag am Rücken auf und stürzte von da auf die Straße, wo er tot liegen blieb. Von dem Turm aus der verkehrreichen Straße ist niemand bestraft. Der Selbstmörder war vorzeitig wegen Stillsitzens wegen an schuldschuldigen Mädchen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

(Ein unternehmendes Mädchen.) Seit mehr als einer Woche war ein elfjähriger Junge aus Hensburg vermisst, und da alle Nachforschungen nach seinem Verbleib vergeblich waren, fürchteten die Eltern bereits, daß er verunglückt sei. Jetzt hat die Kunde von ihm aus England ein. Der Bengel sollte seiner Mutter von dort eine Postkarte, daß er Heimlich habe und demnächst zurückkehren werde. Er hatte sich an Bord eines von Hensburg nach England ausreisenden Dampfers verdrückt und mit ihm die Fahrt als blinder Passagier mitgemacht.

(Der Abgabenstreit im vorwärtigen Amt Arensböhl) in dem zu Obenbürg geborenen Fürstentum Alsdorf, hatte demnach das gestrige, daß 289 Grundbesitzer Klage gegen die Regierung anzuregen und zugleich beschließen, die ihrer Ansicht nach zu Unrecht erhobenen Abgaben fernsich nicht mehr zu bezahlen. Die Regierung antwortete mit einer Erklärung, woran teilten die Grundbesitzer der Regierung mit, daß sie Schadenersatzpflichtig stellen würden, weil die Regierung nicht berechtigt ist, sich durch die Forderung zu helfen. Sie hätte für Recht ebenfalls nur im Klagenwege streifen dürfen. Dieser Einwand steht nun nicht ohne Grund auf die Regierung geblieben zu sein, denn dem Fürsten befohlen ist nach der „Berliner“ mitgeteilt worden, daß vorläufig das eingeleitete Verfahren der Regierung zu verfahren bis auf weiteres eingestellt worden sei. Mit der lustigen Verlesung ist es also vorerst nicht. Vermutlich wollten die Grundbesitzer bei der Verlesung ihr Eigentum wieder zurückkaufen und während dieses Altes zur allgemeinen Erleichterung eine Marktkapelle spielen lassen. Die Forderung war wirklich gestimmt, wie der ganze Streitfall, der in die beteiligten Kreise große Erbitterung getragen hat, noch verhalten wird.

(Eine merkwürdige Justizfalsch) haben, so wird der „Völk.“ berichtet, die Verurteilten der Stadt Graz den unglücklichen Fall der fälschlichen Verurteilung erhalten. In der Justizfalsch heißt es: „Auf Grund des Urteils, das die Verurteilung des Franzosen im Schwabacher Brauhaus vom 15. April 1907 gelangt, gerichtlich vom 1. Oktober 1907 als als jährliche Abgabe ein Gehalt für die Wahrung der Verpflichtung zum Feuerlöschen zur Zahlung. Diese Gehalt beträgt 3 Proz. der Staatseinkommensteuer, mindestens aber 40 Pf. und höchstens 60 Mark. Hiernach entfällt auf Sie vier.“ Davant soll eine tolpere Behörde die Zahlung der Steuern verwirrt und hat sich bereit erklärt haben, ihrer Verpflichtung zum Feuerlöschen nachkommen zu wollen.

(Ein Walffisch) ist dieser Tage bei Wemel gefaßt worden. So unglücklich die Nachricht klingt, entspricht sie doch den Tatsachen. Es ist nämlich ein verlorener Dorsch aus der Nordsee, ein Weibchen, wohl aus „Besslich“ genannt (Havström albos). Er gehört zu der Unterart der Johannale, die mit Ausnahme des Notfalls bei weitem nicht die Größe der Bartmaale erreicht. Seine Körperlänge beträgt 4,12 Meter, die Länge des verhältnismäßig kleinen Kopfes 45 Zentimeter. Der Umfang des Rumpfes betrug 2,80 Meter. Die Körperform gleicht abgesehen von dem kleinen Kopf, völlig derjenigen der Bartmaale. Welche Größe sich mit etwas weitläufig liegenden teilweise schwebend gefärbten Flossen mit glatten Hautfalten bezieht. Die selben Eigenschaften vereinigen sich zu einer am Hinterkopf liegenden Öffnung. Am häufigsten kommt der Weibchen in der Nordsee vor und an der Ostküste von der Ostsee.

(Fruchtbarer Regen bei einem Brand) spielen sich am Dienstag in der englischen Stadt Braintree ab. Zu einem Dulle, in dem fünf Familien mit kleinen Kindern wohnten, geriet das Sonntags durch Unachtsamkeit von Feuer in Brand, wodurch einer Frau namens Stoneman mit ihren drei kleinen Kindern im obersten Stock der Wutweg abgebrannt wurde. Da die herzerweichenden Hilferufe der Unglücklichen fruchtlos blieben, begann die Mutter ihre Kleinen den Untertischenden aus dem Fenster zu werfen. Das erste, ein fünfjähriges Mädchen, fiel in den Vorraum des brennenden Sonntags und wurde getötet, das zweite, ein zweijähriges jähriges Mädchen, fiel auf den ersten Brand und wurde

stüblt verlegt; das dritte Kind, ein 15 Monate alter Junge wurde nicht erkrankt. Die Mutter wurde durch die Krankheit auf dem Stand der Nachgeburt und wurde gezeigt. Sie liegt jedoch an Peritonitis im Krankenhaus schwer danieder.

(Küfelfame Weise verunglückten) In Miesbach die Schwester des Schmelzereibesetzers. Von der Schmelzerei nach Hause löste sich ein Felsstück ab, zerfiel das Mädchen und geriet in den Tod. Die Schwester ist nicht mehr zu finden. Sie erlitt eine schwere Verletzung und wurde in den Krankenhaus sterblich erkrankt. Sie starb nach längerem Leiden.

(Tod infolge eines Krabben-Bisses) In dem Ortchen Weihen (Schlesien) hat eine Heiligerin eine auf der Straße liegende Krabbe auf die Hand gefasst. Die Hand schwellte sich an und trat in den Krankenhaus gestorben. Die Krabbe war ein gewöhnliches Krabben-Weibchen.

(Eine ganze Familie verunglückt) Nach dem Tode von eingetragenen Herlingen erkrankte in Gumbinnen am Montag die Familie des dortigen Brauereibesetzers. Die Krankheit dauerte zwei Wochen. Die Krankheit dauerte zwei Wochen. Die Krankheit dauerte zwei Wochen.

(Zwei Mädchen lebendig verbrannt) In Bourges kamen die beiden Mädchen und acht Jahre alte Tochter des Ehepaars Jouard auf schreckliche Weise ums Leben. Die Eltern hatten die Kleinen allein zu Hause gelassen und fanden diese bei ihrer Rückkehr tot vor.

(Ein Tode gescheitelt) Der Stellenbesitzer Hoffmann aus Rogan (Sachsen) stürzte auf dem Gelände aus seinem Hauswerk und blieb mit einem Bein in der Decke hängen. In dieser Lage wurde er von dem überlebenden Bruder ca. 100 Meter zu dem Hause gebracht und dort gestorben.

(Eine Verurteilung für Minderjährige) In Paris wurde ein Minderjähriger verurteilt, der den Tod eines Mannes verursacht hatte. Die Verurteilung erfolgte nach dem Urteil des Gerichtes.

(Der Pariser Fremdenverkehr) Die „Berliner“ berechnen die durchreisenden Fremden in Paris jährlich auf 1 bis 1 1/2 Millionen. Die Hotels haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre in Paris verdoppelt.

(Ein 23-jähriger Mann) Ein 23-jähriger Mann wurde in der Straßburger Straße in Berlin verhaftet. Er wurde wegen Diebstahls verurteilt.

(Ein hoffnungsloses Mädchen) Ein hoffnungsloses Mädchen hat Selbstmord begangen. Sie wurde in der Straßburger Straße in Berlin verhaftet.

(Die Wagen diebstähle) In Berlin sind in den letzten Monaten viele Wagen gestohlen worden. Die Polizei sucht die Täter.

(Zurückbare Tat einer Wahnkranken) Zwei Wahnkranken wurden in der Straßburger Straße in Berlin verhaftet. Sie wurden wegen Diebstahls verurteilt.

(Eine Frau verurteilt) Eine Frau wurde in der Straßburger Straße in Berlin verhaftet. Sie wurde wegen Diebstahls verurteilt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Das Neue Preussische Ergänzungsteuer- (Einkommensteuer) Gesetz vom 19. Juni 1906. (Amst.)

(Gesundheitspflege) Die Aufmerksamkeit im Kindesalter beginnt die Infektion meist ohne Vorboten. Die Kinder, die lachen und noch gesund scheinen, liegen über Schmerzen beim Schlafen, über über Schläfrigkeit, über über Schläfrigkeit, über über Schläfrigkeit.

(Gesundheitspflege) Die Aufmerksamkeit im Kindesalter beginnt die Infektion meist ohne Vorboten. Die Kinder, die lachen und noch gesund scheinen, liegen über Schmerzen beim Schlafen, über über Schläfrigkeit, über über Schläfrigkeit, über über Schläfrigkeit.

Angelien. Für diesen Teil übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Familiennachrichten. Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Vaters Ernst Götze sagen wir allen herzlichsten Dank.

Dank. Für die liebevolle Teilnahme bei dem Begräbnis unseres durch einen Unfall verstorbenen lieben Sohnes Paul Oehse sagen wir allen herzlichsten Dank.

Zwangsversteigerung. Sonnabend den 11. März er., vormittags 11 Uhr. Verkauf von 1 Nähmaschine, 1 Spiegel mit Schränkchen und 1 Geige.

Ein Fuhr Langstroh (Siegedruck) ist zu verkaufen. Näheres bei Max Mennel, Rahmstr. 15.

Ein Läuferfchwein zu verkaufen. II, Ertelstraße 27.

Nachruf. Am 10. März starb nach langen mit Geduld ertragenen Leiden unser Ehrenmitglied Herr Restaurateur Gustav Mehler. Als Mitbegründer unseres Vereins hat er jederzeit ein warmes Interesse für diesen gezeigt.

Nachruf. Durch den Tod ist unser hochverehrtes langjähriges Mitglied Herr Gustav Mehler aus unserer Mitte gerissen. Ein eifriger Förderer der Schutzensache, gewissenhaft und treu in der Pflichterfüllung, uns allen ein guter Kamerad, ist er dahin geschieden.

Speisefarstoffen sowie Futterfarstoffen. Ein paar landesweite Reize suchen ein Logo zum 1. Juli an 30-32 Zoler. Offerten unter O.L. 300 an die Exped. d. Bl.

Nutz- und Brennholz-Verkauf. der Königl. Oberförsterei Schleddeburg Montag den 23. März d. J. von um 9 Uhr ab, im Zerkhans Garhof an Burgleben, aus dem Schupstiel Burgleben, Kahlschläge: 48 und 53, Durchforstung 30, 56a und 60a/61a.

Einspanner-Wagen, von weiten der Wahl, und ein Herdwagen zu verkaufen. Schadowstr. 32.

Speise- und Saftkartoffeln, ff. Magent-Handbrotchen, hat zu verkaufen. Hüttenstr. 11, Schadowstr. 32.

Prima Ware empfiehlt Ww. Kolbe, Hofschlächterei, Sibirien. Besohlt und repariert mit schnell und gut in der Schuhbesohlung-Anstalt von Emil Mende, Johannisstraße 12.



Den Eingang meiner Frühjahrs-Neuheiten in

Schuhwaren

zeige ganz ergeben an und halte mich bei Bedarf angelegentlich empfohlen.

Anfertigung nach Mass und Reparaturen.

Paul Exner.

Rossmarkt 2.

ff. geschälte Apfelsinen
von ganz vorzüglicher Qualität nur noch einige Tage bei

Walther Bergmann,
Groß-Kaffee Röster.

Kopfkäse!
Bananen, Fische beliebig radikal „Diskret“, a 50 Pfg.

Richard Kupper, Central-Dragerie.

Landwehr-Verein
Benna-Reipisch.
Sonntag den 15. März 1908 von abends 8 Uhr an

Ball in Oberbenna.
Freunde und Gönner des Vereins sind willkommen.
Der Vorstand.

Dramatischer Verein
„Euterpe“
Etablissement „Cafino“.
Sonntag den 15. März

Theater-Abend.
Zur Aufführung gelangt:
Die Herren Eltern.
Lebensbild in 3 Akten.
Anfang des Theaters 8 1/4 Uhr.
Spielbauer des Stückes 2 1/2 Stunde.
Nach dem Theater

BALL.
Einen genussreichen Abend versprechend, laden herzlich ein
Der Vorstand.

Der Gesellschafts-Verein
„Frohsinn“
hält Sonntag den 15. März von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an sein

Vergnügen
im „Kugarten“ ab
Der Vorstand

Gesellschafts-Verein
„Guterapia“
Sonntag den 15. März

Ausflug nach Meuschau
(Schmidts Gasthof).
Dahelbst findet von nachmittags 3 und abends 8 Uhr an ein

Tänzchen
statt. Gänge willkommen.
Der Vorstand.

Für guten Quelle.
Freitag abend Salzkochen.

Heute Freitag
Schlachtfest.
C. Steger, Weihenstepferstraße 10.

Freitag
Schlachtfest.
Fr. Pege, Weiße Mauer 10.

Heute Freitag
frische hausgeschlachte Würst.
A. B. Sauerbrey Nehlf.

Voranzeige.
„Reichskrone“.
Vom 22.—24. März

große Doppel-Vorstellung
des 1. Berliner Rotascope-Theaters.
Singende, sprechende, tanzende, lebende Photographien.
Das neueste auf diesem Gebiet.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Sonntag den 15. März, abends 8 Uhr,
letztes großes
humoristisches Abschieds-Konzert
der hier altbekannten und beliebten

Paul & Meysel-Sänger.

Die originellste Gesellschaft Leipzigs unter Regie von Arthur Richard.
Vollständig neues, besonders gewähltes sensationelles Eliteprogramm.
Neu! „Schmann als Schampeler“, Neu! Der verhängnisvolle Kiekerkopf“ sowie das großartige Soloprogramm.

Einlass 7 Uhr. Entree 60 Pfg., Gallerie 30 Pfg. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 50 Pfg. im Bierengelass der Herren Fuchs und Frahnert.
ff. Ritterstraße
Nach dem Konzert

grosser Abschiedsball.
Ball frei! Ball frei!
Nur diejenigen Personen haben Tanz frei, welche dem Konzert beigewohnt haben, alle übrigen zahlen an der Kasse 40 Pfg. Eintritt.

Zeichnungen auf
Mk. 7000 000,— 4% Düsseldorfer
Stadt-Anleihe
mündelsicher a 97,90
nehmen wir von unseren Mitgliedern zur kostenfreien Ausführung bis 16. d. M. entgegen.

Vorschuss-Verein zu Merseburg
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

ff. Hochfleisch!
Diese Woche wieder extra feine Ware. Alles andere wie bekannt empfiehl!

Reinh. Möbius, Oberbreitestr. Telephon Nr. 349.

Berger's
Charlotte-Schokolade
Clique-Mark

Ein sehr großer Transport erstklassiger
schwerer bayrischer Zugochsen und Zugkühe
ist wieder bei mir eingetroffen. Ich empfehle dieselben sehr preiswert.

L. Nürnberger.

Hubold's Restauration.
Heute
Schlachtfest.
B heute Freitag nachmittag von 4 Uhr an
frische Würst.
Sonabend von früh an
Schweinefleisch, Schmeer und fettes Fleisch
Mäherstraße 6.

Damen-schneiderei
wird noch angenommen
Krautstraße 12. vorl. rechl.

Maschinen-Strickerei,
Strümpfe neu und anfertigen, wird angenommen
Saalstraße 10.

Mädchen zum Waschen und Plätten
wird angenommen Weiße Mauer 7, Untere.

1 Tischlerlehrling
steht Dieren ein
Adolf Malprichs Tischler.

Kellnerlehrling
per 1. April gesucht „Goldene Kugel“.

Wir suchen zum 1. April für unser kaufmännisches Bureau einen gewickten

Lehrling.
Gewerkschaft Michel, Frankleben.

Zuverlässiger Arbeiter
zur Schenken- und Feldarbeit sofort gesucht.
Louis Weniger, Oberbreitstraße 5.

Einen Schuhmachergesellen
sucht für dauernde Arbeit
H. Wunsch, Steinstraße 9.

Arbeitsburschen und Arbeitsmädchen
sodort gesucht
Feitschenfabrik Weihenstepferstraße.
Junges Mädchen mit guten Schulkenntnissen, welches Dieren die geborene Mädchenknie verleiht, stelle als

Lehrmädchen
ein. Brgüte zunächst Mk. 10.— pro Monat.
Spielwarenhaus **Wilhelm Köhler.**

Ordentliches Mädchen
zum 1. April gesucht **Vindenzstraße 8 II.**

Ein ehrliches fleißiges Dienstmädchen
zum 1. April gesucht. Zufragen bei
A. Prall Nachf., Burgstraße 7, i. 2.

Eine Aufwartung
für die Vormittagsstunden für sofort gesucht
ff. Ritterstraße 5, eine Treppe.

Eine Aufwartung
für sofort gesucht
Pakulla, Rossmarkt 9.
1. April Mädchen für vormittags als

Aufwartung
geht. Mädchen Weiße Mauer 18 I.
Mädchen als Aufwartung
für einige Vormittagsstunden gesucht
Goldhardtstraße 14 II.

Notes Portemonnaie mit Zahalt
von ff. Mitterstraße bis Cutenplan verloren.
Begen Belohnung abzugeben
Weiße Mauer 30 I.

Unser heutigen Stadtanfrage liegt ein Prospekt der Zeitschrift **„Die Waage“** (Verlag: August Scherl, W. m. b. H.) bei.
Sterzu eine Bettle.



Deutschland.

(Zur Frage der Einführung direkter Reichsteuern) hat sich dieser Tage im vorzeitigen versammelten Rippeschen Landtage ein bemerkenswerter Vorgang abgespielt. Nachdem der Abgeordnete Dr. Reumann-Hoyer die bündelständigen Redenarten widerlegt hatte, daß durch eine Reichs-, Vermögens- oder Einkommensteuer die Quellen abgetrennt würden, aus denen die Einzelstaaten ihre Bedürfnisse decken, zeigte er, daß gerade die Einführung einer solchen direkten Reichsteuer für die leistungsfähigsten kleinen Bundesstaaten der einzige erfolgversprechende Weg sei, um aus der Misere der drückenden Matricularbeiträge herauszukommen; würde eine solche direkte Reichsteuer eingeführt, so sei die Veredelung, ja eventuell die Verfestigung der Matricularbeiträge nicht mehr hinzuzubringen, während andernfalls die Matricularbeiträge nur noch immer drückender werden müßten. Darauf gab der Führer der Konservativen, der Abgeordnete Schimmel, die Erklärung ab, daß ihm die Einführung einer direkten Reichsteuer aus den obigen Gesichtspunkten wohl im Rippeschen Staatsinteresse zu liegen schiene. Wenn diese Ansicht in den Kleinstaaten weiter um sich greife, dürfte sie auch bald im Bundesrat ihre entsprechende Vertretung finden.

(Von dem Ausbau der Erbschaftsteuer) wollen die Agrarier nach wie vor nichts wissen. Natürlich hätten diese Herren gegen eine ordentliche Schröpfung des mobilen Kapitals nicht das geringste einzuwenden, aber den Vermögensbesitz wünschend diese Erbschaftsteuer aus einer weiteren Erbschaftsteuer frei zu haben. Deshalb schreibt die „Korrespondenz des Bundes der Anbauwirte“ in einer Polemik gegen den bayerischen Finanzminister v. Hoff: „Von allen diesen Gesichtspunkten aus werden wir uns bis auf das Messer gegen die Einführung dieser sozialgefährlichen und partiellen Vermögenskonfiskation in Gestalt der Behinderung des Kinder- und Ehemannes wehren.“

Parlamentarisches.

Reichstag, Mittwochs (Sitzung vom 11. März.) Im Reichstag wurde am Mittwoch gemäß den Beschlüssen im Seniorenkongress die sozialpolitische Generaldebatte geschlossen. Nach einer Rede D. Rammanns über den Arbeitslosenversicherung brachte die Debatte nichts neues mehr. Beim Titel Ministerialdirektor versuchte der Sozialdemokrat Haas die Rede anzugreifen, die zu fallen ihm der Inhalt der Debatte ungenügend gemacht hat. Er mußte jedoch bald abbrechen und seinem Parteigenossen Stadthagen, der etwas gestärkter versuchte, wiederholt nach einer halbseitigen Rede daselbe Schicksal. In der weiteren Spieltheaterarbeit gab der Zentrumsvizepräsident Dr. Pfeiffer, Stadtdirektor in Brandenburg eine allgemeine Übersicht über die allgemeinen Kulturaufgaben des Reiches. — Am Donnerstag geht die Spieltheaterdebatte weiter.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 12. März.) Das Abgeordnetenhaus verhandelte am Mittwoch über die vier Interpellationen der liberalen Parteien, der Konventionen, der Freilichtkämpfer und des Zentrums wegen Nichtvorlegung des Gesetzentwurfs über die Erhöhungen der Beamtengehälter. Die Interpellation, die von den Nationalliberalen und Freilichtkämpfern gestellt wurde, wurde vom Abgeordneten Haas recht (als) begründet, der darauf hinwies, daß die Nichtvorlegung der Vorlage in weiten Kreisen der Beamten eine tiefe Mißbilligung hervorgerufen habe. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses v. Wedemann-Hollweg, beauftragte die Interpellationen mit der Erklärung, daß die Vorlage zum Beharren der Staatsregierung mit Rücksicht auf die Reichsstände im Reich in dieser Session den Landtagen nicht mehr vorgelegt werden könne, es sei in Aussicht genommen, den Landtag im Oktober zur Beratung der Besetzungsvorlage zu versammeln. Inzwischen würden den Beamten Erwerbszulagen gewährt werden. Das Haus führte diese Erklärung mit dem Schmelgen an. Abg. Gylling (Frl. Wp.) wies darauf hin, daß die Veranschlagung tieferer Gehälter und Bekanntheit hervorgerufen müsse. Frau Unterdienst hätte die Regierung doch die Grundzüge der Vorlage bekannt geben müssen. Die Folgen, die sich aus der Verzögerung der Vorlage ergeben, hätte die Regierung zu tragen. Abg. Broemel (Frl. Wp.) sprach sich in ähnlicher Weise aus und verlangte, daß die preussische Regierung ohne Rücksicht auf das Reich mit der Besetzungsvorlage vorgehen müsse. Auch die Vertreter der übrigen Parteien waren sich einmütig über die Meinung, daß Preußen auf das Reich keine Rücksicht zu nehmen habe. Finanzminister Frl. v. v. Reineben verteidigte den Standpunkt der Regierung, die durch das, was die Externebelegte habe, erfüllen wolle, wenn auch später, als in Aussicht genommen war. Er gab schließlich zu, daß, wenn die Finanzreform im Reich nicht zustande komme, Preußen das selbstständig mit der Besetzungsvorlage vorgehen müsse. Der Minister hielt es aber für angemessen, darauf hinzuweisen, daß die Schuld an dem Mißstandkommen der Reichsfinanzreform die Aline trage. Diesen Worten nahm auch der Abgeordnete Dr. Gahn (B. L.) an. Ihm antwortete der Abgeordnete Dr. Pfeiffer (Frl. Wp.), daß die Schuld die Schuld der Regierung, welche diese direkten Reichsteuern wollen. Abg. Dr. Müller-Sagan (Frl. Wp.) wies diesen Vorwurf ebenfalls scharf zurück und erklärte, daß, nachdem die Erörterungen der Beamtenfragen bei der Beratung des Gesetzes schließlich unmöglich gemacht worden sei, man kaum das

Vertrauen haben könne, daß die Besetzungsvorlage im Herbst genehmigt werde. Es müßte mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die fertiggestellte Vorlage noch in dieser Session verabschiedet werde. Nachdem die Debatte über die Interpellationen erledigt war, erledigte das Haus noch den Rest des Etats der Verwaltung der direkten Steuern, wobei von verschiedenen Seiten, auch vom Abg. Funt (Frl. Wp.) eine bessere Ausbildung der Katasterkontrollen und Landmesser verlangt wurde. — Am Donnerstag soll die zweite Etatsberatung beendet werden.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat am Mittwoch vor der Plenarsitzung zusammen, um die Kontingenzierung der Etatsberatung vorzunehmen. Man kam dahin überein, daß bis zum 28. März die zweite Lesung des Etats beendet sein soll. Das Reichamt des Innern soll an den nächsten drei Tagen zu Ende beraten werden. Dann sind fünf Tage für den Kolonialetat vorgesehen, drei Tage für den Etat des Reichsfinanzamtes usw. Wenn die zweite Lesung erst am 28. März beendet ist, stehen, da der Etat am 1. April verabschiedet sein muß, für die dritte Lesung im ganzen nur noch zwei Tage zur Verfügung. Da dies eine zu kurze Zeit ist, so hat man von einer Behandlung der beiden Interpellationen des Freilichtkämpfers und der Sozialdemokratie über die Schiffsubsidienabgaben vor dem Innern abgesehen, wodurch für die dritte Etatsberatung ein weiterer Tag gewonnen ist. Ferner fallen für den März die bisher regelmäßig alle vierzehn Tage eingeräumten sittingsfreien Tage weg. Die Osterferien sollen nach einem früheren Beschluß am 10. April eintreten.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwesafrika führte Staatssekretär Dernburg am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstages aus, er sei durchaus nicht der Ansicht, daß in Südwesafrika ein Zusammenbruch erfolgen müsse. Zurzeit sei allerdings eine ungünstige Handelsbilanz vorhanden. Es sei die Aufgabe der Regierung, über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Es bestche Aussicht darauf, daß Südwesafrika sich zu einem ähnlichen Exportlande entwickeln werde, wie das die Kapkolonie bezüglich Wolle und Straußenfedern getan habe. Was die Dampfbahn anlangt, so bestschönige die Regierung nicht, einen Nachzug wegen des vor mehreren Jahren erfolgten Rückfalls einer deutschen Station zu unternehmen. Es soll ein vermittelnder Weg gefunden werden. Dernburg führte dann weiter aus, die Verhältnisse in Südwesafrika seien für die Viehzucht sehr günstig.

Das Duellenschußgesetz, das am Montag auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stand, ist am nächsten Tage völlig wieder abgelehnt worden. Der Grund dafür liegt, wie die „Köln. Volkszeitung“ schreibt, darin, daß der Entwurf in seiner jetzigen Fassung so viele Mängel zeigt, daß außer beim Zentrum auch bei den Konservativen lebhafter Widerstand dagegen laut wurden. Ingeborgenen haben auch die Freunde der Vorlage kein Interesse mehr an dem Zukunftskommen des Gesetzes, das mit seiner Entschädigungsbestimmung, mit der Nichtberücksichtigung der Todtweiber usw. ein gefährliches zweifelhaftes Schwert werden könnte. Es schweben darum neue Verhandlungen über das Schicksal des Entwurfs, und man nimmt an, daß er zwar nächste Woche noch an das Programm zur zweiten Lesung komme, daß er aber dann in der Versenkung verschwinden dürfte.

Volkswirtschaftliches.

Allgemeines Sinken der Fleischpreise im Einzelverkauf wird angekündigt. In den letzten acht Tagen traten der „Deutschen Fleischszettelung“ zufolge in vielen deutschen Städten bereits Preisermäßigungen ein, unter anderen in Berlin, Mainz, Nürnberg, München und Plauen i. V.

Die Post- und Telegraphenunterbeamten haben in einer, kürzlich zu Berlin veranstalteten Versammlung ihre Wünsche an den Bundesrat und Reichstag in folgender Resolution formuliert: „Im Hinblick auf die schon seit langen Jahren bestehenden Verweigerungsverhältnisse und auf die daraus entstandene drückende Notlage aller Post- und Telegraphenunterbeamten 1. eine allgemeine und nachhaltige, auch der in der Zukunft mit Sicherheit zu erwartenden Preisentwertung auf allen Gebieten Rechnung tragende Besoldungsaufbesserung mit größter Beschleunigung durchzuführen, und zwar dadurch, daß a) die Tagelohnsätze der Diätarier (Postboten usw.) unter Wahrung des Diätarier und unter Anrechnung der vor der Postdienstzeit zurückgelegten Militärdienstzeit auf das Besoldungsbienfakt, auf 3,25 Mk., 3,50 Mk., 3,75 Mk. und 4 Mk., b) die Gehaltsätze der Unterbeamten der Schloßverwaltungen (Schloßverwalter, Rechnungsaufseher usw.) von 900 bis 1500 Mk.

auf 1200 bis 1800 Mk., c) die Gehaltsätze der gehobenen Unterbeamten von 1400 bis 1800 Mk. auf 1500 bis 2200 Mk., und daß ferner d) die Wohnungsgeldsätze aller Unterbeamten um 50 Proz. erhöht werden; 2. die von den verbündeten Regierungen unter Zustimmung des Reichstages im vorigen Jahre in Aussicht gestellte Besoldungsvorlage so zeitig zugehen zu lassen, daß dieser sie noch in seiner jetzigen Session möglichst noch bis Orem verabschieden kann und 3. diese Vorlage mit größter Beschleunigung bekanntzugeben, damit die drückende Ungewißheit, in der sich die gesamte Unterbeamtenklasse seit langem befindet, ihr dringend notwendige Ruhe findet.“

Verkäufung der kaiserlichen Fleischbeschlagnahme. Der kaiserliche Landwirtschaftsminister hat zur weiteren Ausgestaltung der in den letzten Jahren wiederholt erweiterten und veränderten Gesetzgebung über die Fleischbeschlagnahme in Dänemark, die den Zweck verfolgt, die Ausfuhr von Fleisch oder Fleischwaren, die zur menschlichen Nahrung ungelignet sind, zu hindern, in der Festschließung vom Sonnabend einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Kontrolle auf alles Fleisch und alle Fleischwaren ausdehnt, so daß nicht nur frisches und leichtgeschältes, sondern auch starkgeschältes Fleisch den gesetzlichen Bestimmungen unterworfen wird. Der Entwurf bestimmt ferner, daß alles von der Kontrolle zur Zufuhr geeignet befundene Fleisch mit einer Schutzmarke versehen wird und daß die Strafen für Übertretung der Fleischbeschlagnamsvorschriften verdoppelt werden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 12. März. Herr Ester Bürgermeister Dr. Rive wurde vom König zum Oberbürgermeister ernannt. — Der Rentant der Südbahnen Sparkasse in Rebra, Preibitz, der 10500 Mk. untergeschlagen hatte und dann süchtig geworden war, hat sich in Halle der Staatsanwaltschaft gestellt.

Camburg, 12. März. Wegen Mißhandlung seines Stiefelsohns hatte sich ein Windmühlensbesitzer aus Zültenitz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß der gefühllose Mensch das vierjährige Kind, das die Frau mit in die Ehe gebracht hat, in einer barbarischen Weise mißhandelt hat. Er hat ihm u. a. einen Arm zerhackt, der dann schief gemacht ist; ihm durch Zerhacken der Oberslippe das Gesicht entstellt; außerdem wies der Körper noch 17 Wunden auf, die ahnen lassen, wie das arme Wesen hat leiden müssen. Das Schöffengericht verwies die Sache an die Staatsanwaltschaft in Rudolfsk.

Eisenach, 12. März. Das Großherzogliche Staatsministerium hat Beschlagnamungen erlassen, die den Verkehr mit Kraftfahrzeugen im Interesse des Touristenverkehrs wesentlich einschränken. Das Befahren der meisten Touristenwege ist für Automobile und Kraftfahrzeuge verboten. Die Chauffee Wariental-Wilhelmsbad—Güterwägen darf nur mit Schritttempo befahren werden, und ihre gänzliche Sperrung ist angedroht, falls die Fahrer der Fahrzeuge die Vorschriften nicht beachten.

Ostha, 12. März. Der verstorbene Rentier Otto Auerbach hat der Stadt ein Legat von 20000 Mark vermacht, dessen Zinsen bedürftigen Waisen pignote kommen sollen.

Borna, 11. März. Montag Abend in der 11. Stunde wurde im Gasthof „Zum Zimmethof“ die Frau des Arbeiters Föbisch von ihrem Manne, von dem sie wegen schlechter Behandlung seit einigen Wochen getrennt lebte, überfallen und durch einen Stuß in den Rücken schwer verletzt. Der Täter richtete darauf die Waffe gegen sich und lödete sich durch einen Stuß in den Kopf.

Leipzig, 12. März. Die Thüringer Gasgesellschaft hat anlässlich ihres 40jährigen Bestehens der Beamten-Pensionskasse eine Schenkung von 100000 Mark Beitrag zugewendet. — Für das Völkerschlacht-Nationaldenkmal bei Leipzig sind bisher an Silber insgesamt 850716,74 Mark gesammelt worden.

Leipzig, 10. März. Man hat hier an die Behörde das Gesuch gerichtet, eine Polizeiaufsicht für den Verkehr mit den unter Aufsicht stehenden Wägen und deren Nutzung wie in Stuttgart anzustellen. Einer beim letzten Jahresfest des Vereins für innere Mission gemachten Mitteilung zufolge steht die Anstellung noch in weiter Ferne, weil es ganz unmöglich sei, daß eine Frau allein die Arbeit bewältigen könne, die jetzt von 6 Polizeibeamten erledigt wird. Es soll zunächst in der Weise ein Versuch gemacht werden, das vorläufige eine Schwere für ein Jahr der Polizei zugewendet wird, um die Vernehmung der zum erstenmal aufgegriffenen Wägen, die noch auf einen besseren Weg gebracht werden können, zu beforschen.

† Bad Kösen, 12. März. Der Konflikt zwischen Magistrat und Stadverordneten spinn sich weiter. Eingangs der letzten Stadverordneten-Versammlung stellte Bürgermeister Kretschmar die Anfrage, was denn aus einem am 18. Dezember vor. Jg. gefassten Beschlusse betreffend Anlage gegen den Magistratsdirektoren geworden wäre. Der Vorsitzende wies jedoch die Anfrage zurück und nach längerer Debatte, in welcher auch Stadverordnete für den Bürgermeister Partei ergriffen, verließ wieder wie in voriger Sitzung der Bürgermeister mit vier Stadverordneten die Versammlung, wodurch sie beschlußunfähig wurde.

† Barby, 12. März. Die Frau eines polnischen Arbeiters in Prödel war vor einigen Tagen ihrem Manne unter Mitnahme von Betten und dem Erlös eines verkauften Schweines durchgegangen. Während sie auf dem Bahnhofe auf den Zug wartete, holte sie der Gemannt ein, nahm ihr die Betten ab und sagte: „Weißt sich Bettin hier! Frau kann geben, braucht sich nicht wieder zu kommen!“

Lokalnachrichten.

Rezeßburg, den 13. März 1908

** Gefiederte Frühlingsboten. Nicht nur in Feld und Wald, auf Wiesen und in Gärten fängt es an, sich zu regen und zu bewegen, auch im Wasser und in der Luft hoch über uns beginnen lang vermisste alte Bekannte nach und nach wieder aufzutauchen. Wiesen hoch die besiedelten Lustbewohner ganz genau, auch ihnen der Tisch wieder gedeckt ist und die alles neubelebende Sonne Käfer, Fliegen, Schmeiden, Lurch und sonstiges Getier aus Schlamm und Erdreich hervorjagen hat zur Mittelbildung der sich aufstrebenden Pflanzenwelt. Jetzt hält der Storch die Zeit für gekommen, seine eigentliche Heimat wieder aufzusuchen. Mit dem 17. März, am St. Verzeibstage, beginnt die Storchzeit, denn: „Storch läßt die Störche auf!“ Noch sind diese langbeinigen Vagabunden dabei, im Süden und in dem sonstigen Zentralafrika Sumpf und See nach Nahrung abzuschöpfen. Die nächsten Tage führen sie aber schon hierher, und pünktlich mit Schluss des Monats sind alle Störche daheim. Ihre Reise ist zwar weit und geht über Wälder, große Wälder und das Mitteländische Meer dahin; so weit sie aber auch ist, so wird sie doch bequem an ihrem Tage zurückgelegt, so daß der Storch sein erstes Frühlück noch in Afrika, sein Abendbrot aber schon in Deutschland verzehren kann. Der Herr Storch kommt oft gleichzeitig als Quartiermacher einige Tage früher als sie — die Madame. Die Ankunft des Störches ist ein kleines Schauspiel; aus ungemessener Höhe läßt er sich plötzlich in großen Schraubenvindungen herab auf das alle, mit Leichtigkeit wieder gefundene Nest und tut gleich so heimlich, als sei er nie verreist gewesen. Von den im März eintreffenden Sängern ist in erster Linie die Drossel zu erwähnen, die in drei Arten, nämlich der Singdrossel oder Zippre, der Wacholderdrossel (Krammetvoegel) und der Schwarzbröstel oder Amstel, erscheint. Die Drossel ist ein herrlicher Sänger, besonders die Zippre zur Zeit des Brütens. Die Thüringer haben dem Gesänge der Drossel einen Text abgelauscht, der ebenso treffend wie humorvoll die Töne der „Nachtigall des Nordens“, wie der Norweger die Drossel nennt, wiedergibt, nämlich: „Prost! Prost! Vollerzans, Kubbie, Kubbie!“ Die Wacholderdrossel läßt zur Bezeichnung der Natur durch Gesang wenig bei, ihre Gesangsleistungen sind herlich schlecht, desto besser singt dafür die Amstel, deren Gesang dem der Singdrossel fast ebenbürtig ist. Besonders Interesse genießt jetzt mit Ausgange des Monat März der Kleibis, der schon daran gegangen ist, seine so begehrten Eier zu legen, die einwillen allerdings noch ziemlich rar und teuer sind, später aber wohlfeiler werden, besonders dann, wenn unbewußt Krädenener statt Kleibier gekauft werden.

** Ein Sinken der Fleischpreise im Detailverkauf wird von der „Deutschen Fleischzeitsung“ gemeldet. In den letzten acht Tagen traten Preisermäßigungen ein u. a. in Venrah, Berlin, Dönnigheim, Gaidorf, Orsenheim, Kothheim, Kulmbach, Nieder Dim, Mainz, Marburg, Münden, Plauen, Rochlitz, Tiegenhof. — Die Hausfrauen behaupten allerdings, davon bisher noch nichts bemerkt zu haben. Wann wird Merseburg folgen?

** Für Besitzer von Gespinnen fällt dieser Tage das Reichsgericht eine wichtige Entscheidung. Danach ist derjenige, der auf seinem Gespinn einen Dritten aus Gefälligkeit mitnimmt, nicht für dessen Scherheit haftbar. Das Reichsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß durch das Mitführen aus Gefälligkeit und ohne Vergütung eine Ausschließung der Tierhalterhaftung nicht zu verneinen ist.

** Der Sparkassenverband Sachsen-Anhalts-Thüringens wird, wie jetzt vom Vorstande beschlossen worden ist, seine diesjährige Mitgliederversammlung am 30. Mai von 11 Uhr vormittags in Rudolstadt (Thüringen) abhalten. Es soll

verhandelt werden: 1. über Sparkassen, 2. über die Bedeutung des Schrotterbes für die Sparkassen und 3. über verschiedene zweifelhafte Fragen aus dem praktischen Sparkassenbetriebe. Die Berichterstattung zu 1 und 2 haben die Herren Stadtrat Kappelmann-Gürtel und Landrat Schaeper Nordhausen übernommen. Aus den weiteren Verhandlungen des Vorstandes war von besonderem Interesse die Mitteilung des Vorsitzenden, daß sich die sämtlichen Sparkassen des Verbandes bereit erklärt haben, den Uebertragbarkeitsverkehr, d. i. die lohnfreie und ohne Unterbrechung des Zinslaufes zu bewirkende Ueberweisung von Sparkassenguthaben von der einen Sparkasse an die andere, einzuführen, der sich mit Hilfe der Zentralgenossenschaftsliste in Berlin und des in Aussicht stehenden Postverkehrs leicht durchführen lassen und besonders der hin- und hergehenden Arbeiterbevölkerung zugute kommen wird.

** Feuerdrill in den Schulen. Das furchtbare Brandunglück in Cleveland, bei dem so viele Schulkinder vor den Augen ihrer verzweifelten Eltern das Leben lassen mußten, gibt der „Frank. Ztg.“ Veranlassung, zu fragen, ob denn bei uns gegen eine solche Gefahr alle Vorkehrungen getroffen sind. Im allgemeinen wird man wohl sagen können, daß die Schulkäuser aus feuerfestem Material errichtet sind und Vorrichtungen haben, die, mit Ruhe angewandt, Katastrophen solcher Art verhüten können. Aber nicht immer behalten die Menschen den Kopf oben, und wer durch Zufall zu Beginn einer Pause in eines unserer Schulkäuser eintritt, kann die Wahrnehmung machen, daß auch unsere breiten Korridore und Treppenhäuser nicht unbedingt vor gefährlichen Karambolagen schigen. Mit dem Schluß der Schulfunde führt die Jugend hinaus und drängt sich die Treppen hinauf in den Schulhof, wobei die Kleineren in arges Gedränge kommen. Das geschieht bei dem normalen Stundenwechsel. Was könnte sich erst unter dem Einfluß einer Panik ereignen! Es wird sich also doch wohl empfehlen, daß man auch bei uns den amerikanischen Feuerdrill einführt, der sich im allgemeinen bewährt hat und bei unseren Schulbauten sicher bewähren würde. Es wäre aber auch angezeigt, in stark besuchten Schulen das Verlassen des Schulzimmers so zu organisieren, daß auf Korridoren und Treppen überhaupt niemals ein Gedränge entstehen könnte. Schwierig ist das gar nicht. Die Jungen lernen das in wenigen Tagen. Auf Kommando eines treten sie neben ihre Bänke, auf zwei setzen sie sich in vorher bestimmter Reihenfolge abteilungsweise in Bewegung, und verlassen in Zweierreihen das Zimmer. Stößen zufällig zwei oder mehr Klassen an einem Treppenabsatz zusammen, so hat die Klasse der Jüngeren den Vorrang, die Älteren warten. Wenn das in jeder Pause so gehandhabt wird, wird es den Schülern zur zweiten Natur. Eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch solchen „Drill“ aber ist nicht zu befürchten. In den Massen kann nur durch Organisation Ordnung gehalten und Ungeheures verhütet werden, und vernünftigen Anordnungen fügen sich auch die wilden unserer Schüler gern und ohne Einbuße an „Persönlichkeit“.

** Ueber einen nicht unwichtigen Baumfrevler wird nachträglich wie folgt berichtet: Bei einem Gange die Weisenfelder Chaussee hinaus sieht man auf der linken Seite vom Ruinarwege an gerechnet bis hinaus zum Kilometerstein 21 sämtliche junge Kirschbäume mitten durchbrochen. Einseher hat gegen 30 völlig vernichtete Bäume gezählt. Nach der Meinung der Frau des Chausseewärters könnten nur drei polnische Arbeiter die Täter gewesen sein, die am Sonntag nachmittag in der Richtung nach dem Vorwerk Bäumen gewandert sind, denn um 3 Uhr nachmittags war der Frevler noch nicht vollzogen. Rächte es gelingen, die Schuldigen zu ermitteln, damit die Bürschen für die Frevelt ihren wohlverdienten Lohn erhalten.

** Die Saale, Elster und Luppe führen seit Donnerstag früh Hochwasser, das noch weiter im Steigen begriffen ist. Die Ufer wurden bereits von der Luppe wieder unter Wasser gesetzt.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

x. Ballendorf, 12. März. Uebertragende Resultate ergab eine gestern vorgenommene Reinigung der verstopften Flößgraben-Gründe an der Willendorfer Chaussee. Als Ursache der Verstopfung wurden mehrere Kadaver von Schweinen, ein Kalb, Federweid und sonstiger Unrat junage gefunden, die unverantwortlichweise einfach ins Wasser geworfen worden waren.

s. Kriegsdorf, 12. März. Auf dem hiesigen Friedhofe wurde beim Ausheben eines Grabes auf bisher noch nicht zum Beerdigen benutztem Boden in ca. 1 1/2 m Tiefe ein vorgeschichtliches menschliches Skelett gefunden. Dasselbe lag im Gesichtsleibem, war aber nur 20 Zentimeter hoch von diesem bedeckt, alle weiteren Schichten, etwa 1,30 Meter, bestanden aus aufgeschüttetem Boden bezw. Bauschutt und Asche usw. Das Terrain gehörte früher

zur Straße und ist erst später beim Aufführen einer Friedhofsmauer noch mit zu diesem genommen worden. Die Lage des Skeletts war getreidelt, der Kopf nach Süden liegend. Uebergebende Größe und Stärke zeichnen den Knochenbau aus, der Kopf zeigt den Typ der sog. Langschädel. Daß den Bemühungen des hiesigen Lehrers Herrn Jettermann war für rechtzeitige und sachkundige Bergung des Fundes für die Heimatkunde Sorge getragen.

s. Kriegsdorf, 11. März. Durch den Hufschlag eines Pferdes wurde vor einigen Tagen der Dienstknecht Döfse von hier schwer getroffen. Jetzt ist der bedauernswerte junge Mann an den Folgen dieses Schlags gestorben und wurde heute unter allgemeiner Teilnahme des Dorfes beerdigt.

s. Bedra, 12. März. Dem hier verstorbenen Rittergutsbesitzer Otto Heinrich von Hellborn widmet die „S. Ztg.“ folgenden Nachruf: Ein Konservativer allen Schlages, wie deren nur noch wenige leben und noch weniger eine öffentliche Rolle spielen, ist mit Herrn v. Hellborn: Bedra zur Ruhe gegangen. Er war 1833 auf dem Rittergut Bedra geboren, erwarb sich eine gründliche, akademische Bildung, wurde 1867 Landrat, trat aber 1874 aus dem Staatsdienst aus. Im Reichstage hat er, mit zwei dreijährigen Unterbrechungen, von 1871 bis 1893 gesessen, 1890 wurde er ins Herrenhaus berufen. 1876 trat Hellborn als führendes Mitglied der konservativen Partei in den Vordergrund. Sein vornehmste geschäftliche Betätigung ist in hohem Maße, auf der rechten Seite der Hauptträger des Kartellverbandes zu werden. Das wilde Raufen um den „maßgebenden“ Einfluß, das nach Bismarcks Rücktritt anhub, ward auch für Hellborn politische Laufbahn verhängnisvoll. Es war ebenso charakteristisch wie ehrend für den Mann, daß er für Caprivis Handelspolitik und gegen das Zölliche Volksgesetz eintrat. Nicht minder ehrenvoll ist es für sein Andenken, daß er innerhalb seiner Partei dem von Wilhelm von Hammerstein geführten Flügel der „Kreuzzeitung“ weichen mußte. 1892 wurde Hellborn, der Mann mit dem blauen Ehrenschilde, brutal aus der Leitung der konservativen Partei hinausgedrängt, und Hammerstein übernahm die Führung. 1896 mußte diese Hauptstütze von Thron und Altar dann bekanntlich auf einige Jahre ins Jüdisch wandern. Für Hellborn war trotzdem sein Platz mehr im konservativen Lager, denn das politische Erbe Hammersteins übernahm der Bund der Landwirte, der den wilden „Kreuzzeitungs“-Ritter an stumpferer Demagogie noch überbot. 1893 nahm Hellborn eine Kandidatur nicht mehr an, er hat sich seitdem vom öffentlichen Leben völlig zurückgezogen.

o. Dürrenberg, 12. März. Vaterländischer Frauenverein. Zweigverein Kreuzberg, Dürrenberg. Man hat den Festzweigen oft den Vorwurf gemacht, sie lehrten, wenn auch nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinne nach, daß der Zwang die Mittel heilige. Nicht ganz mit Recht. Denn erheben handeln nach diesem Grundsatze unabhägliche Leute, die es sich energisch verbiten würden, zu den Festzweigen gerechnet zu werden, sobald aber enthält jeder Grundlag tatsächlich einen richtigen Kern. Die Absicht ist die Seele der Tat, und wenn man eine Handlung gerecht beurteilen will, so muß man auch nach ihrem Zwecke fragen. Allerdings kann eine — Scheinbar noch so gute — Absicht nie ein schlechtes Mittel gut machen, wohl aber entscheidet bei sittlich indifferenten Mitteln stets der mit ihnen verfolgte Zweck, um letztere zu guten oder bösen zu stemeln. Nun läßt sich aber kaum ein anderer Zweck denken, als der, den der hiesige Frauenverein mit seiner gestrigen Veranstaltung verfolgte. Armen unermüden Kindern, deren Mütter, von des Lebens Not getrieben, ihre Verbliebenen stunden- oder gar tagelang ohne Aussicht dabei lassen müssen, will er ein Heim schaffen, in dem sie vor leiblichem und sittlichem Schaden behütet werden. Eine Kinderbesamungsanstalt soll gegründet werden. Und wenn man, um die Wohlthätigkeit zu diesem edlen Zwecke anzuregen, das Mittel benützt, dem Wohlthäter auch eine Freude zu bereiten, wer will das tadeln? Strenge Moralisten haben ja freilich solche Wohlthätigkeit verurteilt, die zum Besten der Armen jenseit, Theater spielt, Lotterien arrangiert oder sich sonst wie amüsiert, und gewiß, ideal ist eine solche Wohlthätigkeit, die sozusagen gefördert werden muß, nicht. Aber sind wir denn ideale Menschen, die immer die Linie nicht wissen lassen, was die Rechte tut? Soll man solche Veranstaltungen vermeiden aus Prinzipialität, oder die Bemühenwerten lieber ihrem Schicksal überlassen? Das mag theoretisch ganz richtig sein, praktisch und liebevoll ist es nicht. Die Mütter der einst aufzunehmenden Kinder werden gewiß dankbar dafür sein, daß der Frauverein solche unfruchtlichen Erwägungen nicht angeht. Dankbar dürfen aber auch die sein, die in überaus großer Zahl der Einladung zu der Vorstellung gefolgt waren, denn ein großer Gewinn wurde ihnen geboten. Eingeleitet wurde das Fest durch einen Konzertmarsch von Wollenhaupt, dem

Korrespondent.

Wöchentliche Gratisbeilage. oeffentlich, illustriertes Sonntagsblatt mit 12-tägiger Modebeilage. 4-seit. landwirtsch. u. Handelsbl. mit neuesten Marktnotierungen.

Die Beamtengehalts-Interpellationen im preussischen Abgeordnetenhaus

hatten am Mittwoch ein ähnliches Resultat wie tags vorher bei den Verörungen im Reichstage. Auch die preussischen Beamten bekommen keine Aufbesserung ihrer Gehälter, auch sie werden mit dem traurigen Nothelfer der Steuererhöhungen abgespritzt. Lehrer und Geistliche müssen ebenfalls bis zum Herbst — bis mindestens zum Herbst — warten. Und warum dies alles, warum dieser Bruch der Versprechungen, die die Kronrede feierlich gegeben hatte? Herr v. Bethmann-Hollweg gab darauf die Antwort, die allerdings schon in der Luft lag. Die Gehaltsvorlagen in Preussen kommen unbedenklich nicht, weil die Reichsvorlagen nicht kommen und weil zwischen Reich und Preussen die Kontinuität aufrecht erhalten bleiben muß. Also wegen eines „Schönheitsfehlers“ staatsrechtlicher Natur sollen die Beamten in Preussen, obwohl für ihre Aufbesserung Geld da ist, für dieses Jahr wieder leer ausgehen, sollen die Lehrer wiederum ihre Hoffnungen zurückstellen müssen, obwohl ihre Gehaltsvorlage fertig ist und mit der Vorlage für die übrigen Beamten gar keine Verzehrungspunkte hat!

Die preussische Regierung ist mit Blindheit geschlagen, wenn sie diesen Weg beschreitet. Sie verachtet nicht nur das Schicksal der Reichsbeamten, sondern auch das der preussischen Beamten mit dem völlig unsicheren Gesicht der Reichsanfrageform, deren Aufstellung heute noch keinem Menschen weder innerlich, noch äußerlich der Regierung auch nur in den Unirrien bekannt ist. Und wenn nun, was doch keineswegs ausgeschlossen ist, die Reichsanfrageform scheitert, sollen dann die Reichs- und die preussischen Beamten wiederum nichts bekommen? Diese Aufbesserung ist eine Staatsnothwendigkeit, sie muß zugestanden werden, ohne sie auf Geduld und Verberd mit einer anderen Frage zusammenzufüllen.

Die von Bethmann-Hollweg verlesene Erklärung der Regierung wurde vom Hause mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Sie war hinsichtlich des Versuches, die Notwendigkeit der Aufschubung zu begründen, in keiner Richtung beweiskräftig. Auch der Finanzminister v. Rade ind aben konnte mit all seiner arglistigen Beredsamkeit niemanden von dieser Notwendigkeit überzeugen. Ja, er schlug sich selbst die Waffen aus der Hand, als er bekannte: Wenn im Reichstag keine Finanzverhandlung erfolgen sollte, dann werden wir in Preussen allerdings selbständig vorgehen müssen. Wer sieht nicht sofort, daß dies ein, warum und wenn diese Möglichkeit für nächstes Jahr ins Auge gefaßt werden muß, es für dieses Jahr absolut unmöglich sein soll, dementsprechend vorzugehen.

Die preussische Regierung hat keine wirklich kräftigen Gründe für die Aufschubung der Besoldungsvorlage. Aber sie kann sich die Brückierung der Beamten leisten, denn die öffentlichen Wahlen für den Landtag sorgen schon dafür, daß die erbitterten und enttäuschten Beamten nicht ein Abgeordnetenhaus mit wählen helfen dürfen, wie es ihren Herzenswünschen entspricht. In den trefflichen Reden der Abgeordneten Geyling und Brömel kam diese berechtigte Mißstimmung der Beamten klar und schärf zum Ausdruck. Diese Abgeordneten haben nachgewiesen, daß die freiständigen Parteien mit gutem Gewissen den Beamtenfragen gegenüberstehen und einen berechtigten Anspruch auf das Vertrauen der Beamten aller Kategorien erheben dürfen.

Änderung des Submissionswesens.

Der Magistrat in Dresden hat zu den vor kurzem von uns mitgetheilten interessanten Vorschlägen des Oberbürgermeisters Geh. Rat Buttler zum künftigen Submissionswesen Stellung genommen. Die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen durch die Stadt hatte in den beteiligten Kreisen vielfach Anlaß zu Klagen gegeben, die auch durch die Neuverfassung der einschlagenden Bestimmungen im Jahre 1907 und die dabei vorgesehene Einführung des Mittelpreissverfahrens nicht geboben worden waren. Es war als besonderer Uebelstand empfunden worden, daß auch die geltenden Bestimmungen gegen die Erteilung des Zuschlags auf offenbar zu niedrige Angebote, welche die Bewerber der Gefahr aussetzen, sich bei Ausführung der Arbeiten an ihrem Vermögen zu schädigen, nicht genügende Vorkehrungen trafen. Auf Anregung der Innungen schlägt daher jetzt der Magistrat vor, bei Arbeiten und Lieferungen für die Stadt sowohl bei Aufstellung der Verdingungsanschläge, wie bei Prüfung der Angebote einen sachverständigen Beirat aus den Kreisen der beteiligten Gewerbetreibenden heranzuziehen. Diese Bestimmungen sollen zunächst bis zum 1. Mai 1909 gelten, jedoch keine Anwendung finden auf die Regiebetriebe der Stadt und auf solche Arbeiten, für die beim Rate selbst Sachverständige angestellt sind. In letzterem Falle sollen nur nach dem Ermessen des Rates Sachverständige verwendet werden. Die Sachverständigen sind auf Vorschlag der einzelnen Innungen vom Rate zu wählen und eidlich zu verpflichten. Ihre Tätigkeit hat sich auf gutachtliche Aussprachen zu beschränken. Die endgültige Entscheidung verbleibt dem Rate. Die Sachverständigen sind von der Verrichtung von Arbeiten, bei denen sie als Sachverständige gemittelt haben, ausgeschlossen. Für ihre Bemühungen wird ihnen Entschädigung gemährt. Es wurde weiter beschlossen, die allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt dahin abzuändern, daß die eingehenden Angebote jedesmal in dem Schlusstermin unter Zulassung der Bewerber und der Mitglieder des zuständigen gemischten Ausschusses zu öffnen und die Endsummen unter Vorbehalt rechnerischer Nachprüfung mit Nennung der Namen der einzelnen Bewerber bekanntzugeben sind. Diese Dreierliste der Angebote scheinen beachtenswert, und es wäre zu wünschen, daß andere Kommunen einsehbare Vorkehrungen treffen.

mung im Jahre 1907 und die dabei vorgesehene Einführung des Mittelpreissverfahrens nicht geboben worden waren. Es war als besonderer Uebelstand empfunden worden, daß auch die geltenden Bestimmungen gegen die Erteilung des Zuschlags auf offenbar zu niedrige Angebote, welche die Bewerber der Gefahr aussetzen, sich bei Ausführung der Arbeiten an ihrem Vermögen zu schädigen, nicht genügende Vorkehrungen trafen. Auf Anregung der Innungen schlägt daher jetzt der Magistrat vor, bei Arbeiten und Lieferungen für die Stadt sowohl bei Aufstellung der Verdingungsanschläge, wie bei Prüfung der Angebote einen sachverständigen Beirat aus den Kreisen der beteiligten Gewerbetreibenden heranzuziehen. Diese Bestimmungen sollen zunächst bis zum 1. Mai 1909 gelten, jedoch keine Anwendung finden auf die Regiebetriebe der Stadt und auf solche Arbeiten, für die beim Rate selbst Sachverständige angestellt sind. In letzterem Falle sollen nur nach dem Ermessen des Rates Sachverständige verwendet werden. Die Sachverständigen sind auf Vorschlag der einzelnen Innungen vom Rate zu wählen und eidlich zu verpflichten. Ihre Tätigkeit hat sich auf gutachtliche Aussprachen zu beschränken. Die endgültige Entscheidung verbleibt dem Rate. Die Sachverständigen sind von der Verrichtung von Arbeiten, bei denen sie als Sachverständige gemittelt haben, ausgeschlossen. Für ihre Bemühungen wird ihnen Entschädigung gemährt. Es wurde weiter beschlossen, die allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt dahin abzuändern, daß die eingehenden Angebote jedesmal in dem Schlusstermin unter Zulassung der Bewerber und der Mitglieder des zuständigen gemischten Ausschusses zu öffnen und die Endsummen unter Vorbehalt rechnerischer Nachprüfung mit Nennung der Namen der einzelnen Bewerber bekanntzugeben sind. Diese Dreierliste der Angebote scheinen beachtenswert, und es wäre zu wünschen, daß andere Kommunen einsehbare Vorkehrungen treffen.

Umstand wurde der Plan zur Verabreichung der Riche und Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen. Als Widerstandsgrund zog man bei mehreren Angeklagten in Betracht, daß bei den Ausschreitungen ihre Angehörigen verwundet oder getötet worden waren. Die Angeklagten haben Berufung eingelegt. — Das drakonische Urteil zeigt wieder einmal, was für eine Art von Gerechtigkeit Angehörige anderer Nationen von ungastlichen Richtern zu ermarlen haben, wenn sie das in den Augen der „Söhne Alpabds“ unverzeihliche Verbrechen begängen, ihrer Nationalität gegenüber dem Magyarenium Geltung verschaffen zu wollen.

Italien. In der italienischen Deputiertenkammer wurde am Dienstag bei vollstetigen Tribünen und reger Beteiligung der Abgeordneten über einen Antrag Barzilai und Obasson verhandelt, durch den die Regierung aufgefordert wird, ihr besonderes Augenmerk auf die durch die letzte Konfession der Türkei im Balkan für die politischen und wirtschaftlichen Interessen Italiens und die für Europa im allgemeinen geschaffene Lage zu richten. — Die Rechtsanwältin Nafis haben bei dem Kassationshof Berufung gegen das Urteil des Staatsgerichtshofs eingelegt. Diese Berufung stützt sich auf das Gesetz, betreffend die Zuständigkeit eines Gerichts, und behauptet außerdem, daß gewisse Artikel der Strafprozessordnung verletzt worden sind.

Frankreich. Präsident Fallières wird, wie das „Reinische Bureau“ erfährt, im Mai d. J. England besuchen. Die Verhandlungen für den Besuch sind noch nicht vollständig getroffen, doch ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Besuch eine Staatsvisite sein wird, in den Hauptzügen übereinstimmend mit derjenigen, welche Präsident Loubet im Jahre 1903 dem König Edward abgeleistet hat. — Der französische Senat nahm mit 184 gegen 82 Stimmen die Vorlage an, welche die Trennung von Tisch und Bett in Scheidung umwandelt, die nach drei Jahren auf Antrag eines der Ehegatten eintritt.

England. Im englischen Unterhaus fragte am Dienstag bei Fortsetzung der Beratung über das Marinebudget der Unionistenführer Balfour, ob nicht in den letzten Monaten des Jahres 1911 Deutschland dreizehn Schiffe von der Dreadnought-Klasse haben würde und England nur zwölf. Er nähme dabei an, erstens, daß an den vorgelegenen Daten, zu denen in Deutschland und England mit dem Bau der Schiffe begonnen würde, festgehalten, zweitens, daß das deutsche Flottenbauprogramm, wie bisher, innegehalten werden würde, und drittens, daß Deutschland und England jetzt in der Schnelligkeit ihrer Schiffsbauten, wie von deutschen Marineminister verkündet worden sei, praktisch sich gleichstämten. Der Schatzkanzler Asquith antwortete, bezüglich zweier Punkte behände keine Meinungsverschiedenheit auf beiden Seiten des Hauses, nämlich, daß England seine unangreifbare Vorderrangschiff erhallen müsse und daß für diesen Zweck der zwei-Mächte-Standard ein guter und praktisch ausführbarer Standard sei. Die Frage Balfours hätte sich nur auf Schiffe der Dreadnought und Invincible-Klasse beschränkt und die Frage des zwei-Mächte-Standards, bei deren Behandlung die Schiffe der anderen Klassen mit in Rechnung gezogen werden müßten, nicht berührt. Asquith führte weiter aus, die Annahme Balfours, Deutschland würde im November 1911 im Besitz von dreizehn Schiffen der Dreadnought Klasse sein, stütze sich auf zwei Voraussetzungen, nämlich erstens, daß das deutsche Programm hauptsächlich ausgeführt werden, und zweitens, daß die Schnelligkeit im deutschen Schiffbau den Bau eines jeden Schiffes innerhalb von dreißig Monaten vom Datum der Kiellegung ab gefahren würde. Er wolle nicht unterdrücken, ob diese Voraussetzungen zuträfen oder nicht, glaube aber bezüglich des zweiten Punktes, daß schwerwiegende Zweifel berechtigt seien, ob die gegenwärtige Schnelligkeit im Bau aufrecht erhalten bleiben

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die bisshenden Abgeordneten der ungarischen Unabhängigkeitspartei haben sich am Dienstag als oppositionelle Partei konstituiert und beschlossen, ihren



Die Begründung des Urteils hebt hervor, daß der Haß der stovatischen Bevölkerung gegen das Ungarntum künstlich geschürt worden sei. Als erschwerender

